



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Annette Karl, Klaus Adelt, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild** und Fraktion (SPD)

Negative Auswirkungen für bayerische Tourismuswirtschaft minimieren – Umgehend bayerisches Stabilisierungsprogramm für Tourismusbranche auflegen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, angesichts der steigenden Infektionszahlen umgehend ein Maßnahmenpaket zu erlassen, das zur Stabilisierung der von den bisherigen Corona-Maßnahmen besonders betroffenen Tourismusbranche, insbesondere im Bereich Gaststätten und Hotellerie, beiträgt. Das Programm soll dabei, ergänzend zu den Überbrückungshilfen des Bundes, Elemente wie einen prozentualen Ausgleich zum entgangenen Durchschnittsumsatz im Vergleich zum Vorjahr, kurzfristige Hilfen wie Tilgungszuschüsse sowie einen fiktiven Unternehmerlohn für Soloselbständige im Tourismusbereich wie Schausteller, Gästeführer etc. beinhalten.

Begründung:

Die Tourismusbranche gehört zu den am stärksten betroffenen Wirtschaftszweigen, die immer wieder auch von Sondermaßnahmen wie dem Beherbergungsverbot und Sperrstunden betroffen ist. Gerade angesichts steigender Infektionszahlen und damit einhergehenden lokalen bzw. drohenden landesweiten Beschränkungen benötigt die Branche dringend weitergehende Unterstützungsmaßnahmen. Viele Betriebe haben mittlerweile ihre Rücklagen aufgebraucht und können die Einbußen auch nicht mehr über weitere Kredite auffangen. Auch sind in der Branche mit Gastführern oder Schaustellern viele Soloselbständige beschäftigt, für die nach wie vor kein Ausgleich für die Lebenshaltungskosten bzw. ein fiktiver Unternehmerlohn vorgesehen ist. Die Staatsregierung ist daher aufgefordert, die Bundesmaßnahmen durch ein Stabilisierungsprogramm auf Landesebene zu ergänzen.